

Staat zur Gestaltung zu erhalten hat, damit es würdig werde, an den Unternehmungsvereinigungen freiem wirtschaftlichen Organisations förmlich teilzunehmen.

Es erübrigt sich, auf die Frage einzugehen, ob im kroatischen Lande der kapitalistischen Entwicklung und des Gewerbelebens der Staat tatsächlich in absehbarer Zeit die ihm zugesetzte Aufgabe übernehmen wird. Es kommt hier nur darauf an, daß gezeigt werde, wie in einem politisch vorgezeichneten Lande die Begriffe von Staatssozialismus, vom erzielbaren Wohlstand der Staatsgewalt ganz andere sind als im politischen Preußen-Deutschland.

## Durcheinander.

Die Kroatische Note der Mächte ist der Türkei noch nicht überreicht worden. Deutschland hat angeblich noch eine Wilderung des Portlauts beantragt. Ob die europäischen Räume ebenso sicher arbeiten wie die Wühlen Gottes, ist uns zweifelhaft, daß sie sich aber an Langsamkeit nicht übertröffen lassen, steht fest. Am Dienstag sollte die Kollektivnote der Großmächte der türkischen Regierung überreicht werden — jetzt heißt es: Mittwoch. Wenn nur nicht wieder etwas Neues dazwischen kommt! Aber gelegt den Fall, dieses mal werde sich der gewalige Apparat ernsthaft in Bewegung setzen, so sind die Ausstufen auf eine dem Frieden dienende Wirkung dieses Schritts doch wieder beträchtlich verringeret, denn die Delegationen der Balkanstaaten sollen beobachten haben, daß die Balkanmächte der Pforte gleichzeitig eine Note überreichen, durch die sie die Friedenskonferenz aufheben. Es wird darüber gemeldet:

London, 13. Januar. (Reutermeldung.) Die Chefs der Delegationen der Balkanstaaten haben heute vormittag in einer Konferenz beschlossen, daß gleichzeitig mit der Überreichung der Note der Großmächte an die Türkei die Balkanstaaten der osmanischen Regierung eine Note überreichen werden, durch die sie die Friedenskonferenz anstreben. Es wurde gleichzeitig beschlossen, Antritten an die Kommandanten der Heere zu übermitteln, um dem Waffenstillstande ein Ende zu bereiten.

Die Nachricht ist höchst unklar. Die Delegationen der Balkanstaaten haben doch nicht über die Schritte ihrer Regierung gegen die Türkei zu berichten. Haben sie wirklich die in dem Londoner Telegramm erwähnten Anregungen gegeben, und würde sich der Balkanverbund bereitstellen, ihnen zu entsprechen, so bedeutete das nichts anderes, als daß das Vorgehen der Großmächte wieder durchkreuzt würde. Wenn Europa die Türkei zur Nachgiebigkeit in Adrianopel und auf den Ägäischen Inseln auffordert, so wäre es an den Balkanstaaten, zunächst einmal den Erfolg dieses Schrittes abzuwarten. Haben sie gleichzeitig die Friedenskonferenz auf, so unterstützen sie damit die Kriegsväter in Konstantinopel und erschweren es der türkischen Regierung aufzuerklären, der Aufruf der Mächte zu entsprechen. Jedenfalls macht sich der Eindruck immer breiter, daß es mit der Einigkeit der Großmächten noch viel minder bestellt sei, als man bisher annehmen konnte. Im andern Falle wären sie doch wohl in der Lage gewesen, eine Politik zu verhindern, die auf eine übermütige und für den Frieden Europas gefährliche Versäumung der Pforte hinausläuft.

## Der Abbruch der Friedensverhandlungen.

London, 14. Januar. Das Reuterbüro erhält von einem Delegierten der Balkanstaaten, daß die Delegierten aufgelöst seien, England noch Überreichung der Note der Balkanverbündeten an die Türkei zu verloren. Das Datum für die Überreichung der Note der Mächte an die Türkei ist noch nicht endgültig festgesetzt. Es scheint jedoch keine Hoffnung zu bestehen, daß die Antwort der Türkei auf diese Note für die Verbündeten zuverlässig ausfallen dürfte. In gutunterrichteten Kreisen wird sehr wenig Hoffnung ausgesprochen, daß die Wiedereraufnahme der Feindseligkeiten vermieden werden wird. Da man glaubt, daß Adrianopel nicht mehr lange wird Widerstand leisten können, nimmt man an, daß es bald zu einer Einigung zwischen den Verbündeten und der Türkei kommen wird. Allerdings würden dann die Fortbewegungen der Verbündeten den künftigen Kriegsergebnissen angepaßt werden.

Berlin, 14. Januar. Zu der Reutermeldung, daß die Balkan-delegierten den Abbruch der Friedensverhandlungen beschlossen hätten, bemerkt die Kreuzzeitung, daß mit diesem Beschlüsse vermutlich nur eine Presse auf die Türkei ausgeübt werden und bestraft werden soll, den moralischen Druck der Aktion der Großmächte noch zu verstärken. Vielleicht bestehe Ausicht, daß die Pforte den koppelten Drucke sich doch fügen und weitere Blutvergießen vermeiden wird.

## Die Türkei bleibt fest.

Wien, 14. Januar. Wie der Neue Freie Presse aus Konstantinopel von einer der Regierung nahestehenden Seite mitgeteilt wird, bleibt der Standpunkt der Pforte hinsichtlich Adrianopels und der ägyptischen Inseln unverändert fest.

## Gegen die Jungtürken.

Konstantinopel, 14. Januar. Der Ministerrat hat beschlossen, daß Ministerium des Innern zu ermächtigen, gegen die Jungtürken Maßnahmen vorzugehen und eventuell die Komiteeführer aus Konstantinopel auszunehmen. Die Eingänge zu den Handelsgängen der Pforte waren heute von etwa 300 Polizeibeamten besetzt.

## Die rumänische Frage.

Der rumänischen Zeitung wird aus Berlin telegraphiert: Die bulgarisch-rumänischen Verhandlungen sind in lebhafterem Fluß gekommen. Für den Fall, daß sich abermals Schwierigkeiten ergeben sollten, ist eine Vermittlung ins Auge gesehen. Die Redlung, wonach die bulgarisch-rumänische Frage der Entfernung der Bosnaburg vereinigt werden sollte, wird vorläufig nicht benötigt, da man an der Hoffnung festhält, daß es gelingen werde, zwischen Sofia und Bukarest eine Vereinigung durch unmittelbare Verhandlungen oder nötigenfalls durch eine Vermittlungsstelle, die aber nicht die Botschaftervereinigung zu sein braucht, herzustellen.

Sofia, 14. Januar. Der russische Gesandte hatte eine längere Unterredung mit dem Minister des Äußeren. Nachdem er bei Rat zur Klärung gegeben hatte, versicherte er, daß die russische Regierung Rumänien ihre Dienste anbiete, um die Verhandlungen mit Bulgarien zu einem Ende zu führen. Der französische Gesandte gab eine ähnliche Erklärung ab.

## Deutsches Reich.

### Kultur und Bildnis.

Vor einiger Zeit kamen von Deutsch-Neuguinea wieder einmal Unruhe-Nachrichten mit übligem Geigeschmaß. Am

Verlust über die Paradiesvogeljäger Richards hieß es: „Das große Wambadorf wurde unter Feuer genommen und eingeschlossen. Die Wambaleute hatten etwa 40 Tote.“ Und das Kolonialblatt brachte eine amtliche Darstellung, die ein böses Licht auf die Kolonialarbeit in Deutsch-Neuguinea wirft:

„Es ist weiter zu berichten, daß die Expedition zur Bestrafung der Agamabörder zusammen mit Eingeborenen gehabt hat, daß in der Nähe der Station Etape bewaffneter Hinterland gesichtet ist. In der Mehrzahl der Fälle, in denen ein Weißer erschlagen wird oder ein kriegerischer Zusammenstoß stattfindet, handelt es sich nicht um Unruhen, sondern einfach um das Vordringen in das Innere, um die Verbreitung der Kultur mit der Wildnis. Bei dem trocken und kriegerischen Sinn unserer Eingeborenen, speziell in Kaiser-Wilhelms-Land, ist es ganz natürlich, daß diese Verbreitung oft eine schändliche wird. Den besten Vergleich zu dem Zustand, in dem wir in dieser Hinsicht leben, gibt vielleicht die Geschichte des Vordringens der Weißen in den Westen Nord-Amerikas.“

Dieser Darstellung war die amtliche Mache auf der Stelle zu lesen. Auch für denjenigen, der die Urtüche der Eingeborenenrevolutionen in Kaiser-Wilhelms-Land nicht in ihren lokalen Zusammenhängen sah. Man kennt die Kolonialisierung der kapitalistischen Staaten genugsam, um zu wissen, wie die Verführung der Kultur mit der Wildnis vor sich geht. Das auch die fortgesetzten Unruhen in Deutsch-Neuguinea seine andern Ursachen haben, als die Unfähigkeit der kapitalistischen Staaten, wirkliche Zivilisationsarbeit zu leisten, wird jetzt bewiesen von einem Mann, der kein Sozialdemokrat ist: Professor A. Neubauk. In einem dreibändigen Reisebericht (Verlag Dietrich Reimer) hat er seine auf einem langjährigen Aufenthalt in Deutsch-Neuguinea geprägten Erfahrungen über diese Kolonie verarbeitet, und in einem Artikel der Täglichen Rundschau wendet er sich scharf gegen die Kolonialmethoden in Kaiser-Wilhelms-Land. Zu der erwähnten — sagen wir milde — irreführenden amtlichen Darstellung des Kolonialblattes schreibt er:

„In diesen Worten offenbart sich Unkenntnis des einschlägigen Geschäftes. Ich bin während meines fast zweijährigen Aufenthaltes in Neuguinea wiederholt tief in das Innere eingedrungen, und doch war die Verbindung mit den Söhnen der Wildnis niemals feindselig. Von Natur ist nämlich der Eingeborene der außermäßige Mensch der Welt, streitiger Sinn und Trost entwickeln sich bei ihm immer erst, wenn er sich beeinträchtigt sieht und in seinen Rechtsanschauungen verletzt wird. Alle diese Dinge habe ich in meinem dreibändigen Reisebericht über Deutsch-Neuguinea eingehend erörtert und durch zahlreiche Beispiele belegt. Das merkt ohne Polizisten und Schenke mit den Schwarzen prächtig aus, davon legen weite Landstriche in Deutsch-Neuguinea einen Beweis ab, wo verlässliche Missionare wirkten. Dort geht alles friedlich zu, ohne Nord und Süßände, und die Schwarzen legten ihre rauhen Sitten ab. Vorwurfe beruht dieser Erfolg? Etwa in der Verführung des Evangeliums? Nein. In ununterbrochener, zwanzigjähriger Arbeit lebten sich die Missionare in die Anschaulungen der Schwarzen hinein, bevor sie jenseits der Jesuitenfrage zu schließen. Stundenlang stritten die Herren Graf Moltke, Peters und Dr. Lohmann um Jesuiten. Eine erfreuliche Offenherzigkeit bewies der konservative Schriftsteller v. Arnim-Gildekamp, der schlandweg ein neues Sozialstengenfieß forderte und die Fortschrittkräfte wegen des Stichwahlkampfes mit der Sozialdemokratie bereits auf den Revolutionskämpfen zu rechnen schien. Alsdann entschuldigte der wehmütiige Lohmann die Haltung dieser seiner Parteifreunde. Auf eine Anzapfung des Fortschritters Dr. Bachmeyer mußte sich schließlich der Minister des Innern v. Dallwitz über die Entschlüsse des Genossen Fischer im Reichstag äußern, dieser tat es jedoch so, daß er erklärte, von der Reichstagssrede Fischers erst durch Bachmeyer gehört zu haben und sich daher noch nicht äußern zu können. Der Minister ließ also offenbar keinen Reichstagsbericht in der Zeitung. Am übrigen erklärte er, daß ein einzelnes Projekt eine solche Maßnahme des Reichs, wie die Einführung von Wahlurnen, nicht verhindern könnte. Nach dem Minister wurde die Debatte geschlossen, so daß Genosse Borchart mit berechtigter Schärfe den Rückhalt in die vierzigjährige Gesplogenheiten des Dreiklassenhauses brandmarkte.

Deklaration der Kosten für die Ausbesserung der Beamtengehälter als vorübergehende Regel bestätigt worden sind. Es darf als sicher gelten, daß die preußische Regierung von Anfang an gar nicht daran gedacht hat, auf diese Zusätze jemals wieder zu verzichten. Sie hat das glückliche Abgeordnetenhaus einfach dupliert. Nun stellt sich die sogenannte Volksvertretung aber doch auf die Hinterbeine und in der Kommission fand sich eine Mehrheit für eine allmäßliche Beteiligung der Bürgeläge. Im Jahre 1914 sollen 30 Proz. aufgehoben werden, im Jahre 1915 65 Proz. und im Jahre 1916 der Rest. Dem Finanzminister gelang es nicht, seine entgegengesetzten Wünsche durchzusetzen, und es liegt hier trotz der Kompromißbereitheit auf der Rechten noch nicht abzusehen, wer in diesem Konflikt Sieger bleiben werde.

Wir wollen nun nicht behaupten, daß die verhältnismäßig frühe Anfahrt des Wahltermins mit dieser Sache im Zusammenhang steht, jedenfalls aber heißt es jetzt in unterrichteten Kreisen, die Steuernovelle komme wegen Zeitmangel im Plenum gar nicht mehr zur zweiten Lesung. Das bedeutet nichts anderes, als daß die Zusätze zunächst eben einfach weitergezahlt werden.

In der Tat, ein höchst einfaches Verfahren. Will das Parlament nicht so wie die Regierung, so entzieht sie ihm einfach die Möglichkeit, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen. Sie sagt, die Zeit ist zu kurz, als daß die Frage noch zu einer Entscheidung gebracht werden könne. Wäre es umgekehrt, d. h. würden die Zusätze ohne Parlamentsbeschuß in Wegfall kommen, so dürfen wir sicher sein, daß sich die Zeit zur Beratung noch finden würde. So aber wird den Abgeordneten einfach Schweigen auferlegt und die Mühe, die sie bisher auf die Sache gewandt haben, ist vergeblich gewesen. Und was das Schlimmste ist, die Wehrheit, über deren Willen die preußische Regierung sich so mit vollendetem Wurstigkeit hinwegsetzt, wird nicht einmal den Mut finden, gegen dieses Verfahren energisch zu protestieren. Eine Volksvertretung, die ihren Rahmen verdiente, würde die Verschärfung der Steuernovelle beispielweise mit einem Verzicht auf die Beratung des Staats beantworten. Über das preußische Abgeordnetenhaus. Wie kann man Zeugen sammeln wollen von den Dornsträuchern.

## Aus dem preußischen Abgeordnetenhaus.

Der dritte Tag der Staatsberatung wurde durch eine 2½ stündige Rede des Genossen Viebahn eingeleitet, die sich zu einer gründlichen Abrechnung mit der gesamten preußischen Aktion und ihrer Regierung gestaltete. Insbesondere die Kennzeichnung der schamlosen Haltung der Reichskonservativen und der nationalliberalen Unzulänglichkeit war von interessanter Wirkung. Der Schlüß der Rede unseres Sprechers war ein flammender Aufruf zur Ausnutzung des Landtagswahlkampfes, zur Aufstellung der Massen.

Die weitere Debatte, die sechs Stunden dauerte, zeigte ein markantes Bild. Von den Freikonservativen, Nationalliberalen und dem Zentrum wurde um die Wette versucht, die Debatte auf das wie die Kleid der Jesuitenfrage zu schließen. Stundenlang stritten die Herren Graf Moltke, Peters und Dr. Lohmann um Jesuiten. Eine erfreuliche Offenherzigkeit bewies der konservative Schriftsteller v. Arnim-Gildekamp, der schlandweg ein neues Sozialstengenfieß forderte und die Fortschrittkräfte wegen des Stichwahlkampfes mit der Sozialdemokratie bereits auf den Revolutionskämpfen zu rechnen schien. Alsdann entschuldigte der wehmütiige Lohmann die Haltung dieser seiner Parteifreunde. Auf eine Anzapfung des Fortschritters Dr. Bachmeyer mußte sich schließlich der Minister des Innern v. Dallwitz über die Entschlüsse des Genossen Fischer im Reichstag äußern, dieser tat es jedoch so, daß er erklärte, von der Reichstagssrede Fischers erst durch Bachmeyer gehört zu haben und sich daher noch nicht äußern zu können. Der Minister ließ also offenbar keinen Reichstagsbericht in der Zeitung. Am übrigen erklärte er, daß ein einzelnes Projekt eine solche Maßnahme des Reichs, wie die Einführung von Wahlurnen, nicht verhindern könnte. Nach dem Minister wurde die Debatte geschlossen, so daß Genosse Borchart mit berechtigter Schärfe den Rückhalt in die vierzigjährige Gesplogenheiten des Dreiklassenhauses brandmarkte.

**Die Kriegsspieler des Jungdeutschlandbundes**  
findet auch in einsichtigen bürgerlichen Kreisen immer mehr Gegner. So schreibt z. B. das nationale Handwerk Tageblatt über das nachgerade zum gesellschaftlichen Sport ausgeartete Spiel erwachsener Schüler mit Schußwaffen:

„Auch die Lac Womba am Parksee befinden sich seit längerer Zeit wieder auf dem Kriegspfad.“ Die Geschichte der „Unruhen“ im Gebiet der Lac Womba erzählt ich im ersten Band meines oben zitierten Reiseberichts. Mehrere Strafexpeditionen der Regierung kommen gegen diese Leute nicht ausreichen. Als aber einige Missionare den Mut haben, ohne Polizeifoltern und Gewalt eine wilde Naturkinder aufzufinden, was der Frieden mit einem Schlag bereitstellt. Alles ging vorzüglich, bis anderen Herren die Zivilisierung der Lac Womba nicht hinreichend scheinbar fortgeschritten und man daher „Anwerbungen“ und „Aushebungen“ ins Werk setzte. An schneller Folge wurden ermordet die Paradiesvogeljäger Richards, Peterjan, Mifiliz und die Pfälzer Brüder Weber. An der Küste sind die Paradiesvogel so gut wie ausgerottet. Die Jäger müssen also mit ihrem Trost tiefs ins Land hinein, wohin sie Nahrungsmitte für die mehrmonatige Expedition nicht mitbringen können. Sie wollen aber leben und verschaffen sich den Unterhalt daher teils durch Ausrauben der Eingeborenenfelder, teils durch die Jagd. Bei leichter müssen vor allem die frei im Walde herumlaufenden Schmeine der Eingeborenen verhalten. „Wer man weiß doch den Schwarzen die Nahrungsmittel ablaufen?“ Weit geschieht. Die Schwarzen im Innern mögen beständig selbst am Hungerleid und können unmöglich eins aus den Weinen und zahlreichen Schwarzen — wie im Falle Mifiliz — bestehende Karawane fünf Monate lang ernähren. Dafür kommt es beständig zu Kriegserfolgen. „Viermal mußten wir in wenigen Monaten mit den Schwarzen kämpfen“, berichtet einer der überlebenden Begleiter von Mifiliz. Wie viele Eingeborene mögen dabei niedergestellt sein? Nun tritt das dort überall gültige Gesetz der Wahrheit in Wirklichkeit, bei der nächsten Gelegenheit wird der Welte niedergeschossen und das Kapitulationsverbrechen ist jetzt. „Strafexpedition. 40 Tote, Dorf niedergebrannt usw.“

Der Meinung sind wir auch; insbesondere sollte diese Mahnung für die Arbeiter eltern gelten. Im übrigen aber muß der „verderbliche Einfluß des Jungdeutschlandbundes“ schon schlimme Folgen gezeigt haben, denn sonst würde sich ein bürgerlich-nationales Blatt wohl kaum zu einer so scharfen Kritik aufgerufen haben.

## Die sächsische Regierung hofft noch!

Wolfsburgs sächsischer Landesdienst veröffentlicht folgende Meldung:

Dresden, 14. Januar. Von zuständiger Stelle erfahren wir, daß die sächsische Regierung den in der Belegschaftsfrage gegen den Reichsbänker gerichteten Beschwerden fernsteht. Sie hofft, daß es den vertrauensvollen Zusammensetzen der verbündeten Regierungen mit dem Reichsbänker gelingen wird, eine aus die sächsische Regierung befriedigende Lösung der schwierigen Frage zu finden.

Wie sagt diese offizielle Notiz gerade nicht. Sie beginnt sich nur damit zu erklären, daß die sächsische Regierung den „Beschwerden“ gegen Behmann fern steht. Im übrigen aber werden die Meldungen der Chemnitzer Allgemeinen Zeitung über die Uneinigkeit der Bundesstaaten und über die Belegschaftssteuerpläne des Reichstages nicht dementiert.

## kleine Ratsagen im Reichstag.

Der Abg. Reichmann (Soz.) fragt an: „Welche Maßnahmen gehen der Herr Reichsbänker zum Schutz der in der deutschen Industrie beschäftigten Heimarbeiter zu ergreifen. Da in wirtschaftlicher und besonders in gesundheitlicher Beziehung wird

## Der Wappel der Regierung vor dem Dreiklassenhaus.

Die Anberaumung der preußischen Landtagswahlen auf den 14. Mai ließ sofort vermuten, daß damit die vom Haushalt liegenden Steuernovelle als geheimer betrachtet werden könnte. Es handelt sich bei dieser Novelle bekanntlich in der Haupthand um die Steuergeschäfte, die im Jahre 1900 gut